



Basler
Seniorenkonferenz

Medienmitteilung:

Kantonale Volksabstimmung „JA zum echten Wohnschutz“ vom 28.11.2021

Der Verein 55+ Basler Seniorenkonferenz beschliesst:

STIMMFREIGABE

Basel, 2. November 2021

Der Verein 55+ Basler Seniorenkonferenz (55+ BSK) beschäftigt sich schon seit mehreren Jahren mit der Problematik „bezahlbares Wohnen im Alter“. Er hat deshalb auch bei der kantonalen Volksabstimmung über die vier Verfassungsinitiativen (Wohninitiativen) im Juni 2018 bei allen vier Vorlagen die JA-Parole beschlossen.

Eines unserer Hauptanliegen ist der Schutz der älteren und längjährigen Mieter und steht dabei im Zentrum. Wir haben diese Forderung auch bei den zuständigen Kommissionen des Grossen Rates im Mai 2019 deponiert.

Leider wurde diesem Anliegen bei der Revision des Wohnraumförderungsgesetzes (WRFG) nur mit einer „Kannformel“ (§ 16a WRFG) stattgegeben. Deshalb hat 55+ Basler Seniorenkonferenz letztes Jahr das Referendum gegen diese Revision aktiv unterstützt. Bekanntlich resultierte ein sehr knappes Resultat (56 Stimmen Überhang) für das revidierte WRFG.

Unser Hauptanliegen ist verbindlicher Bestandteil der vorliegenden Volksinitiative, verankert im § 16a der Initiative.

Nach eingehender interner Diskussion hat sich der Vorstand unseres Vereins aber für eine Stimmfreigabe bei der kommenden kantonalen Volksabstimmung „JA zum echten Wohnschutz“ entschieden. Dies, weil eine interne Pattsituation wegen anderer Bestandteile dieser Initiative entstanden ist.

Kontakt: Roberto Mascetti, Präsident 55+ Basler Seniorenkonferenz,
roberto.mascetti@hispeed.ch, +41 79 420 71 17

Der Verein 55+ Basler Seniorenkonferenz ist der Zusammenschluss von aktuell sieben Basler Seniorenverbänden. Er ist Ansprechpartner des Kantons Basel-Stadt in allen Fragen der Alterspolitik. Der Verein ist parteipolitisch unabhängig und konfessionell neutral. Der Verein 55+ Basler Seniorenkonferenz hat zum Zweck, die Bedeutung der Generation 55plus in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu verstärken, sowie ihre Interessen gegenüber Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit zu vertreten.

